

19

75

Union in Deutschland

Bonn, den 8. Mai 1975

Stimmenzuwachs bestätigt Wählervertrauen

Die CDU hat auch in Nordrhein-Westfalen und im Saarland ihre Position als stärkste politische Kraft weiter ausgebaut und — insbesondere gegenüber der Bundestagswahl 1972 — beträchtliche Stimmengewinne erzielt. Das ist eine erneute Bestätigung des Wählervertrauens.

Die Blockbildung SPD/FDP verhindert, daß in beiden Bundesländern — wie in Demokratien üblich — die stärkste Partei auch die Regierungsführung übernimmt. Im Saarland fehlen der CDU zur absoluten Mehrheit 1800 Stimmen, aber ohne sie kann keine Regierung gebildet werden. In Nordrhein-Westfalen wurde das Wahlziel, mit einer absoluten Mehrheit die Regierung Kühn abzulösen, nicht erreicht.

Das Hauptziel der Union bleiben die Bundestagswahlen 1976. Die Bilanz der Landtagswahlen 1974/75, bei denen über Dreiviertel der Bundesbürger ihr Votum abgegeben haben, ist eine gute Ausgangslage für die große politische Auseinandersetzung im nächsten Jahr. Helmut Kohls Wort gilt: „Wir setzen 1976 klar und entschieden auf Sieg, und wir werden entschlossen von jetzt ab darauf hinarbeiten.“

■ WAHLEN

Als gute Ausgangsposition für die im Herbst 1976 stattfindenden Bundestagswahlen wertet der Bundesvorsitzende der CDU, Helmut Kohl, den Ausgang der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland.

Seite 5/6

■ FDP

Mit der Rolle der FDP beschäftigt sich der Generalsekretär der CDU, Prof. Kurt H. Biedenkopf, u. a. in einem Interview mit dem Deutschen Fernsehen.

Seite 7/8

■ STATISTIK

Wie in den einzelnen Wahlkreisen bzw. Kreisen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland gewählt wurde, darüber gibt die Statistik Auskunft in der Dokumentation

■ 8. MAI 1945

Mit der Kapitulation am 8. Mai 1945 und den politischen Lehren, die aus diesem Ereignis für die Bundesrepublik zu ziehen sind, befaßt sich Helmut Kohl auf

Seite 11/12

■ PARTEIARBEIT

Wie sehr die Basis der Partei bemüht ist, ihre Arbeit für den Bürger zu verstärken, geht aus Beispielen hervor, die die Abt. Öffentlichkeitsarbeit zusammengestellt hat.

Seite 14/15

■ INFORMATIONEN

Mehr als 60 Prozent schätzen Helmut Kohl

Dem CDU-Vorsitzenden Kohl ist es nach einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie in Allensbach in den vergangenen Monaten gelungen, in die Popularitätszone von über 60 Prozent einzudringen. Seit 1973 sei dies mit Walter Scheel, Willy Brandt und Helmut Schmidt nur noch drei anderen Politikern gelungen.

Manipulation mit Arbeitslosenzahlen

Die zwei Tage nach den Landtagswahlen vollständig veröffentlichten Zahlen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit geben ein anderes Bild als die unvollständigen Zahlen, die die SPD/FDP zwei Tage vor den Wahlen mit dem offenkundigen Ziel der Einflußnahme auf die Wähler verbreiten ließ. Jetzt wird offenbar, daß die SPD/FDP bei dem Wähler vor einer wichtigen Wahl den falschen Eindruck erwecken wollte, die Arbeitslosigkeit gehe schon zurück und der Aufschwung habe begonnen. Tatsächlich hat sich die Lage am Arbeitsmarkt bedrohlich verschlechtert. Das zeigt vor allem die ungewöhnlich starke Zunahme der Kurzarbeiter, die im April mehr als dreimal so hoch war wie der zahlenmäßig geringfügige Rückgang der Arbeitslosen. Die Entwicklung der Kurzarbeiter wurde der Öffentlichkeit am vergangenen Freitag von der Regierung ebenso bewußt vorenthalten wie der sprunghafte Anstieg der um Saison- und Witterungseinflüsse bereinigten Arbeitslosenzahlen. Beides macht überdeutlich, daß entgegen der Schönfärberei

des Bundeskanzlers und seiner Regierung der harte Kern der Arbeitslosigkeit nicht nur ungebrochen, sondern im Laufe der letzten Monate besorgniserregend gewachsen ist. Die Regierung sollte wenigstens nach den Wahlen den Mut finden, der Bevölkerung die Wahrheit zu sagen.

CDU gewann 6,4 Prozent

Bei den Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg am 20. April steigerte nach dem am Dienstag vorgelegten vorläufigen Endergebnis die CDU ihren Stimmenanteil im Vergleich zur Gemeinderatswahl 1971 um 6,4 auf 38,6 Prozent, während die SPD um 5,3 auf 29 Prozent zurückfiel. Der FDP-Anteil stieg um 0,5 auf 5,5 Prozent, der der Freien Wählervereinigungen sank um 3,1 auf 20,6 Prozent. Sonstige Parteien kamen auf 1,2 Prozent, Listenverbindungen von Parteien mit freien Wählern auf 5,3 Prozent.

Munterer Start für 1976 durch Mitgliederzuwachs

Unter dem Motto „Zweihundertfünfzigtausendstes Mitglied“ startet die rapide anwachsende nordrhein-westfälische CDU eine Mitgliederwerbekampagne und beschloß zugleich die Bildung einer Kommission zur Vorbereitung der Bundestagswahl 1976.

Für eigenständige Beamtenbesoldung

Die Zukunft des Berufsbeamtentums durch eine auch von der Tarifpolitik unabhängige Besoldungspolitik wirksam abzusichern, war das zentrale Thema eines grundsätzlichen Meinungsaustausches über Probleme des öffentlichen Dienstes zwischen der Führungsspitze der CDU und der des Deutschen

Beamtenbundes am 2. Mai in Bonn. Mit dieser auch von den stellvertretenden DBB-Vorsitzenden Berger, Fredersdorf und Wernery erläuterten Forderung nach einem eigenständigen Besoldungskonzept wenden sich der Deutsche Beamtenbund und die CDU gegen die sich deutlich abzeichnende Strategie, mit der Abschaffung des Berufsbeamtentums parlamentarisch kontrollierte staatliche Macht auf gesellschaftliche Bereiche zu verlagern.

DDR: Angst vor kritischer Jugend

Die Eltern in der DDR sollen ihren Kindern den Empfang von westlichen Fernseh- und Rundfunksendungen verbieten und selbst ebenfalls darauf verzichten. Bei der Untersuchung der Ursachen der Jugendkriminalität in der DDR — so die „Ostsee-Zeitung“ — zeige sich immer wieder, daß Eltern straffällig gewordener Jugendlicher den Empfang westlicher Sendungen duldeten und sich auch selbst daran beteiligten, was auf eine „Unterstützung der gefährlichen Wirkung der imperialistischen Massenmedien“ hinauslaufe.

Andrang beim Bürgerbeauftragten

Die Errichtung der Institution des Bürgerbeauftragten hat eine erhebliche Aktualisierung des Petitionswesens mit sich gebracht. Nach dreivierteljähriger Amtszeit des Ombudsmannes von Rheinland-Pfalz, Johann-Baptist Rösler, in Mainz sind nahezu 2 000 Eingaben in seiner Dienststelle eingegangen. Die Zahl der Eingaben steigt weiter: In den ersten vier Monaten dieses Jahres haben sich bereits 750 Bürger des Landes an Dr. Rösler gewandt, um sich von ihm in ihren Anliegen helfen zu lassen.

STICHWORTE

Das Los

muß entscheiden, wer von den beiden Kandidaten der CDU und SPD, die im Wahlkreis Wuppertal genau gleich viele Stimmen (je 27 425) erhielten, in den Landtag kommt. Die Stimmen des Unterlegenen werden jedoch seiner Partei für die Landesliste gutgeschrieben.

Arbeitnehmerkammern

stehen im Einklang mit dem Grundgesetz. Dies ist vom Bundesverfassungsgericht festgestellt worden.

Die Sozialbeiträge

für Arbeitnehmer werden bis 1978 auf über 17 Prozent des Bruttoverdienstes steigen. Vorausberechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft.

Mit vier statt zwei

Abgeordneten konnte die DKP in den Stadtrat von Bottrop einziehen, weil diese Stadt infolge der Gemeindeneuordnung die Orte Gladbeck und Kirchhellen hinzubekommen hat.

Fast jeder zweite

Bundesbürger hält es für nicht gut, daß Araber durch Aktienkauf Mitbesitzer deutscher Unternehmen werden. Dabei sind Unions-Anhänger (52 %) besorgter als SPD-Anhänger (42 %) oder Freie Demokraten (39 %). Allensbach-Umfrage.

In der Betriebsgruppenarbeit

liegt das A und O der Arbeit der CDU-Sozialausschüsse, erklärte ihr neuer Bundesgeschäftsführer Albrecht Hasinger. Nur durch Präsenz in den Betrieben könnten die Forderungen der CDU auf den richtigen Nährboden fallen.

■ BILANZ DER LANDTAGSWAHLEN 74/75

SPD/FDP verlor sieben Prozent Union gewann deutlich hinzu

In der Gesamtbilanz der acht Landtagswahlen seit 1972 haben SPD/FDP beträchtliche Verluste erlitten: „Der Rückgang betrug rund 7 Prozentpunkte“, wie das „Institut für angewandte Sozialwissenschaft“ (Infas) errechnet hat. Die CDU/CSU hat im gleichen Zeitraum 6,5 Prozentpunkte hinzugewonnen und damit insgesamt 50,8 Prozentpunkte erreicht.

	Landtagswahlen 1970/71	Bundestagswahlen 1972	Landtagswahlen 1974/75
CDU	47,7	44,3	50,8
SPD	42,9	46,8	40,9
FDP	5,9	8,0	6,6
andere	3,6	0,9	1,7

In den einzelnen Bundesländern ergibt sich folgendes Bild:

Land	CDU			SPD			FDP		
	LW 74/75	Vergl. LW 70/71	Vergl. BTW 72	LW 74/75	Vergl. LW 70/71	Vergl. BTW 72	LW 74/75	Vergl. LW 70/71	Vergl. BTW 72
Hamburg	40,6	+ 7,8	+ 7,3	44,9	— 10,4	— 9,5	10,9	+ 3,8	— 0,3
Niedersachsen	48,8	+ 3,1	+ 6,1	43,1	— 3,2	— 5,0	7,0	+ 2,6	— 1,5
Hessen	47,3	+ 7,6	+ 7,0	43,2	— 2,7	— 5,3	7,4	— 2,7	— 2,8
Bayern	62,1	+ 5,7	+ 7,0	30,2	— 3,1	— 7,6	5,2	— 0,3	— 0,9
Rheinland-Pfalz	53,9	+ 3,9	+ 8,0	38,5	— 2,0	— 6,4	5,6	— 0,3	— 2,5
Schleswig-Holstein	50,4	— 1,5	+ 8,4	40,1	— 0,9	— 8,5	7,1	+ 3,3	— 1,5
Nordrhein-Westfalen	47,1	+ 0,8	+ 6,1	45,1	— 1,0	— 5,3	6,7	+ 1,2	— 1,1
Saarland	49,1	+ 1,3	+ 5,7	41,8	+ 1,0	— 6,1	7,4	+ 3,0	+ 0,3
Berlin	44,0	+ 5,8		42,7	— 7,7		7,2	— 1,3	

■ WAHLEN NRW/SAARLAND

Gute Ausgangslage für die Bundestagswahl 1976

Nach der Sitzung des Bundesvorstands am 5. Mai 1975 in Bonn, gab der Parteivorsitzende Dr. Helmut Kohl vor der Presse folgende Erklärung zum Ausgang der Wahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland ab:

Die CDU hat im Saarland das Ziel gehabt, den Versuch der Bonner Koalitionsparteien SPD und FDP zu verhindern: die Ablösung der Regierung Röder. Wir haben das Wahlziel in dem wichtigen Punkt erreicht, daß wir auf alle Fälle die neue Regierung im Saarland mittragen werden. Gegen die CDU kann in Saarbrücken keine Landesregierung gebildet werden. Wir haben das Wahlziel insoweit nicht erreicht — etwa 1800 Stimmen fehlen der CDU dazu — als wir nicht in der Lage sind, im Alleingang mit absoluter Mehrheit die Regierung an der Saar zu bilden.

Wir sind der Auffassung, daß der Wähler im Saarland die Entscheidung gefällt hat: die Parteien und Fraktionen im Landtag haben dieses Votum zu respektieren. Es ist dem Wähler nicht zumutbar, angesichts des klaren Votums, aus dem eine regierungsfähige Mehrheit ohne Schwierigkeit hervorgehen könnte, wenn sich alle Betroffenen ihrer Gesamtverantwortung bewußt sind, den Gedanken an Neuwahlen für vernünftig zu halten. Wir gehen davon aus, daß sachliche Gespräche im Saarland möglich sind mit dem Ziel, eine klare regie-

rungsfähige Mehrheit zu bilden, und mit dem Ziel, eine vernünftige und gute Politik für das Saarland fortzusetzen.

In diesem Zusammenhang werden wir mit großem Interesse beachten, wie sich insbesondere die Freie Demokratische Partei verhält. Die FDP hat in den letzten Wochen immer davon gesprochen, sie sei die Partei der Vernunft. Jetzt ist die Frage nach der staatspolitischen Vernunft direkt an sie gerichtet und sie muß zeigen, inwieweit sie als eine selbständige Partei — wie es der Kollege Genscher gerne zu betonen pflegt — auch in der Lage ist, eine selbständige Politik an der Saar zu führen.

Die CDU hatte in Nordrhein-Westfalen das Wahlziel, die Regierung Kühn abzulösen. Wir haben dieses Wahlziel nicht erreicht. Wir haben in Nordrhein-Westfalen erreicht, daß wir unsere Position als stärkste Partei ausbauen konnten. Das gilt auch im besonderen Maße für die Kommunalwahl, die am gleichen Tag stattfand. Es zeigt sich, daß die CDU in einer Reihe großer Städte erhebliche Fortschritte gemacht hat.

In anderen Bereichen, vor allem im Kerngebiet des Ruhrgebiets, mußte die CDU Einbußen und kleine Rückschläge hinnehmen. Das wird sehr sorgfältig zu analysieren sein. Bezeichnend ist die ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung.

An der Saar haben wir jetzt das bisher

beste Ergebnis in der Geschichte der CDU und des Saarlandes bei einer Landtagswahl erzielt. Mit 49,1 % hat die CDU ein beachtliches Plus gemacht. Auch in Nordrhein-Westfalen konnten wir unsere Position so ausbauen, daß wir — abgesehen von der Landtagswahl 1958 — das zweitbeste Ergebnis erzielt haben.

Plus von über sechs Prozent

Das alles ist für die nächsten Monate eine besonders wichtige Ausgangsposition für die Bundestagswahl. Landtagswahlen, auch die Landtagswahlen 74/75, sind aber auch ein von der Bundestagswahl 1976 getrennt zu betrachtender Bereich. Natürlich ist es für jede Partei von großer Wichtigkeit, von welchen Ergebnissen aus sie bei der jeweiligen letzten Wahl in die nächste Wahl hineingeht.

Dazu können wir feststellen, daß wir mit einem Plus von über 6 Prozent im Verhältnis zur Bundestagswahl 1972 in Nordrhein-Westfalen und mit einem Plus von immerhin über 5 Prozent bei der saarländischen Landtagswahl einen ganz erheblichen Aufschwung genommen haben. Bei den bereits jetzt feststellbaren Einzelanalysen zeigt sich deutlich, daß ein Trend quer durch alle Wahlen nach der Bundestagswahl 1972 deutlich wurde: eine Zunahme in den städtischen Regionen der Arbeitnehmerwähler und anderen vergleichbaren Bereichen für die CDU hat sich gestern klar und deutlich fortgesetzt.

Wir besitzen jetzt sozusagen eine vorletzte Bilanz nach Hamburg, Niedersachsen, Hessen, Bayern, Berlin, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Saarland und NRW. Im September dieses Jahres haben wir die Wahl in Bremen. Am ersten Aprilsonntag 1976 findet die

Wahl in Baden-Württemberg statt. Damit ist jetzt schon ein Überblick gegeben. Ich würde mich glücklich preisen, wenn ich am Abend der Bundestagswahl 1976 aus allen den eben genannten Ländern — und das ist ja weit über $\frac{3}{4}$ der Wählerschaft der Bundesrepublik — ein ebenso gutes Ergebnis wie in diesen letzten 14 Monaten feststellen könnte. Das würde nämlich bedeuten, daß damit die Regierung der SPD/FDP im Bund abgewählt würde.

Bei diesen Wahlen — das ist deutlich an der Saar und in NRW zu spüren —, hat sich die CDU in ihrer Organisationsstruktur, in ihrer Kampfkraft, in der Fähigkeit breite Massen zu mobilisieren, vor allem auch in der Mitgliederschaft und bei den Freunden und Sympathisanten der Union in einem hohen Maße als eine moderne Partei erwiesen, die nicht nur Wahlmaschine ist, sondern auch Mitgliederpartei, die ihre Anhänger entfesseln kann.

Mit Optimismus

Wir gehen nach der Serie dieser Landtagswahlen in Würdigung der Ergebnisse der Wahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen keineswegs mit Überheblichkeit, aber mit einem berechtigten Optimismus in das Wahljahr 1976. Wir werden in den nächsten Monaten deutlich machen, daß wir auf dem Wege einer argumentierenden Politik auf allen Feldern der deutschen Politik, dort wo es notwendig ist, auch mit dem personalen Angebot unsere Alternative deutlich machen.

Wir setzen für 1976 klar und entschieden auf Sieg und nicht auf Platz. Wir sehen, daß wir eine gute Chance haben. Dafür sind wir den Wählern im Saarland und in Nordrhein-Westfalen dankbar.

Die FDP hat ihren liberalen Anspruch nicht erfüllt

Der Generalsekretär der CDU, Prof. Kurt H. Biedenkopf, gab dem Journalisten Franz Alt für das Deutsche Fernsehen (ARD) am 5. Mai 1975 folgendes Interview, das UiD in Auszügen veröffentlicht:

Frage: Die CDU hat gestern Stimmen gewonnen, aber letztlich doch die Wahl verloren, vor allen Dingen die Mehrheit im Bundesrat verloren. Die politische Landschaft in Bonn scheint verändert. Die CDU braucht jetzt wohl eine neue Oppositionsstrategie. Wie wird die aussehen?

Biedenkopf: Ich bin nicht der Auffassung, daß die CDU eine neue Oppositionsstrategie braucht. Wir sind sowohl in Nordrhein-Westfalen wie im Saarland, was die Vermehrung unseres Stimmenanteils anbetrifft, erfolgreich gewesen. Wir haben, da haben Sie recht, das Wahlziel in Nordrhein-Westfalen, Ablösung der Regierung und das Wahlziel im Saarland, Aufrechterhaltung der absoluten Mehrheit nicht erreicht. Bezogen auf die Bundestagswahlen 1972 haben wir aber weitere Fortschritte gemacht, und unser Hauptziel, unser strategisches Ziel ist ja die Bundestagswahl 1976.

Frage: Wenn Sie aber das Ergebnis von gestern hochrechnen, reicht das ohne die FDP kaum.

Biedenkopf: Doch. Die Ergebnisse, die wir bisher in den Landtagswahlen erzielt haben, sind ausreichend für eine absolute Mehrheit auf Bundesebene.

Frage: Nun kann man aber Landtagswahlergebnisse nicht einfach hochrechnen auf Bundestagswahlergebnisse.

Biedenkopf: Nein, das kann man nicht. Aber man kann in den Landtagswahl-

ergebnissen einen Trend sehen, vor allen Dingen in solchen Landtagswahlergebnissen, die praktisch eine Bundestagswahl waren oder darstellen oder simulieren, wie Sie wollen. Das gilt sicher für Nordrhein-Westfalen. Wir haben dort eine Wahlbeteiligung von 87 Prozent gehabt. Das sind Wahlbeteiligungen, wie sie sonst nur bei Bundestagswahlen vorkommen.

Frage: Bis gestern konnte die Bundesregierung immer sagen, wir kriegen innere Reformen nicht durch. Die böse Opposition hat ja die Mehrheit im Bundesrat und blockiert. Die Opposition macht es sich ihrerseits ähnlich bequem, indem sie die Regierung in Untätigkeit beinahe noch übertroffen hat. Koalition wie Opposition können aber jetzt so einfach, glaube ich, nach dem gestrigen Wahlergebnis nicht mehr taktieren. Werden innere Reformen jetzt wieder Themen der Auseinandersetzung zwischen Koalition und Opposition werden?

Biedenkopf: Zunächst die Opposition ist ja nicht in Untätigkeit verharret. Das ist nicht richtig.

Frage: Aber sie hat ihre Beschlüsse diesbezüglich, die sie in Hamburg auf dem Parteitag gefaßt hat, im Bundestag bis jetzt noch nicht auf die parlamentarische Bühne gehoben.

Biedenkopf: Gut. Da müssen wir uns darüber einigen, ob es aus strategischen oder taktischen Gründen richtig war, eine beschlossene Politik im Parlament durch eine Parlamentsminderheit einbringen zu lassen, auch wenn es völlig aussichtslos ist, daß das Parlament die annimmt, oder ob es taktisch richtiger ist, Initiativen der Regierung auf der Grundlage eigener politischer Beschlüsse anzugreifen.

Frage: *Gab es da nicht auch Widerstand in den eigenen Reihen? Hat nicht die CSU zum Beispiel verhindert, daß die CDU ihre eigenen Parteitagbeschlüsse im Bundestag einbringt?*

Biedenkopf: Nein, sondern wir haben in der Frage der Mitbestimmung, das ist ja der einzige Bereich, wo die Regierung Initiativen bisher ergriffen hat, in der Vermögensbildung ist ja nichts geschehen, haben wir beschlossen, keinen eigenen Entwurf einzubringen, sondern auf der Grundlage der Hamburger Beschlüsse die Regierungsentwürfe anzugreifen. Im übrigen, das Alibi des Bundesrates kann die Regierung für die Mitbestimmungsfrage gar nicht in Anspruch nehmen, denn es ist kein zustimmungsbedürftiges Gesetz. Die Regierung ist da an ihren eigenen Schwierigkeiten bisher gescheitert.

Frage: *Wird die Union da jetzt selbst initiativ parlamentarisch?*

Biedenkopf: Wir werden parlamentarisch initiativ werden im Bereich der Vermögenspolitik, weil wir der Meinung sind, daß es sowohl im Zusammenhang mit der Wiedergewinnung des wirtschaftlichen Wachstums wie im Zusammenhang mit der Verteilungsgerechtigkeit ein sehr wichtiges Thema ist. Aber es gibt ja auch noch andere Probleme. Es gibt Probleme der inneren Sicherheit, das Bildungswesen, der Strukturreform im Bereich der sozialen Leistungen usw., die auch angegangen werden.

Frage: *Trotz Ihres Optimismus, daß Ihre Partei es 1976 bei der nächsten Bundestagswahl also auch allein schaffen könnte, ist die Union nicht dennoch darauf angewiesen, ein neues Verhältnis zur FDP zu suchen?*

Biedenkopf: Ich bin nicht der Auffassung, daß es notwendig ist, ein neues Verhältnis zur FDP zu suchen, es sei denn, ein Verhältnis eines noch inten-

siveren Wettbewerbs um die liberale Wählerschaft. Wir sind der Meinung, daß die FDP ihren liberalen Anspruch nicht erfüllt, und sie hat ganz sicher nicht einen liberalen Alleinvertretungsanspruch wie sie glaubt. Die CDU wird mit ihr um die liberale Wählerschaft auch in Zukunft konkurrieren.

Frage: *Heute ist auf der Vorstandssitzung der CDU auch gesagt worden, die Sonthofener Rede von Franz Josef Strauß habe wahrscheinlich zum Stimmengewinn der FDP beigetragen. Teilen Sie diese Ansicht?*

Biedenkopf: In dieser Verengung nicht. Ich möchte sagen, daß die Polarisierung zwischen den beiden großen Parteien, die in Nordrhein-Westfalen entstanden ist, die ja ausgelöst wurde schon durch die Wahlkampföffnung der SPD in Recklinghausen . . .

Frage: *Die aber unterstützt wurde dann noch durch Sonthofen . . .*

Biedenkopf: Die unterstützt wurde durch eine ganze Reihe von Ereignissen, unter anderem auch durch dieses Ereignis, vor allem aber durch seine Interpretation, daß diese Polarisierung wesentlich beigetragen hat zu dem Stimmengewinn der Freien Demokraten, der allerdings geringer war, als die Freien Demokraten selbst angenommen haben.

Frage: *Heute sind Sie im CDU-Vorstand auch dafür kritisiert worden, daß Sie entgegen den Absprachen noch vor der gestrigen Wahl Helmut Kohl als Kanzlerkandidat der Union vorgeschlagen haben. Wie sicher sind Sie heute abend noch, daß Helmut Kohl Kanzlerkandidat der Union wird, nachdem, wir haben es eben in der Tagesschau gehört, ja heute wieder aus München gesagt wurde, eigentlich müßte es doch Franz Josef Strauß werden?*

Biedenkopf: Wir sollten das endgültige Ergebnis den Gesprächen zwischen CDU und CSU überlassen. Aber ich bin noch genau so sicher, wie ich es war, als ich meinen Vorschlag gemacht habe.

■ KOALITION

Heuchelei

Die Bundesvorsitzende der Jungsozialisten hat den Vorschlag der JU abgelehnt, gemeinsam die kommunistische Aggression in Vietnam zu verurteilen und zu humanitären Hilfeleistungen aufzurufen. JU-Bundesvorsitzender Matthias Wissmann hat dazu u. a. erklärt: „Während die Jungsozialisten die amerikanische Politik in Südostasien seit Jahren lautstark kritisieren, wagen sie es nicht, gegen die kommunistische Aggression in Vietnam und den Bruch des Pariser Vietnam-Abkommens durch den Vietkong und Nordvietnam Stellung zu beziehen. Wer nur dann gegen Aggression und für die Menschenrechte und Freiheit Stellung nimmt, wenn es in sein eigenes ideologisches Konzept paßt, muß sich den Vorwurf der Heuchelei gefallen lassen ...“

Aufruf zum Klassenkampf

In einer Juso-Erklärung zum Tag der Kapitulation heißt es unter anderem: „Der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und dem Entstehen des Faschismus erfordert heute die endgültige Abwehr solcher Gefahren und damit die Veränderung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Das bedeutet die demokratische Kontrolle der Produktion, aber auch der Massenmedien, die teilweise aktiv und mit hohen Auflagen autoritäre Krisenlösungen propagieren ... Die demokratischen Jugendorganisationen erinnern an die gemeinsame antifaschistische Zielsetzung aller Parteien ... Diese Zielsetzungen müssen angesichts restaurativer Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland, an-

gesichts der Restauration des Kapitalismus, der Rechtsentwicklung in politischen Parteien ... erneut aufgegriffen werden.“

Mit ihrer Erklärung proklamieren die Jusos die Errichtung einer linksradikalen Gesellschaft. Völlig absurd ist es nach Meinung der CDU/CSU, von einem erneuten Aufkommen faschistischer Tendenzen oder einer Rechtsentwicklung zu sprechen. Die größte Gefahr für unseren Staat komme gegenwärtig von linksradikalen Ideologen, die den Staat mit Volksfront- und Klassenkampfaktionen bekämpften. Mit keinem Wort verurteilen die Jusos dagegen die Diktaturen des Ostblocks.

Die DKP baut ihre Position in der GEW aus

Die Ausschaltung von 63 Angehörigen kommunistischer Splittergruppen aus der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist keineswegs, wie es den Anschein hat, eine Maßnahme im Sinne des Radikalenerlasses. Im Gegenteil: Initiator ist die die GEW kräftig unterwandernde moskauhörige DKP, deren erklärtes Ziel die Beseitigung aller rivalisierenden kommunistischen Splittergruppen ist. Zugleich nämlich hat sich die GEW für die Übernahme von DKP-Lehrern in den Staatsdienst ausgesprochen.

Dauerkrach bei Apel

Lebhaft diskutiert werden, dem Plutow-Brief vom 30. April zufolge, in der Bundeshauptstadt die Spannungen zwischen Finanzminister Apel und seinen Beamten. Man verweist auf die letzte Betriebsversammlung, auf der Apel ausgepiffen wurde. Seine wenig glücklichen Reaktionen auf die Gegenredner machten das Haus erst richtig rebellisch. Ungeschickt operierte er vor

allem im Fall des Min.-Rat Manke, der als Studienfreund von Staatssekretär Offergeld zur Entrüstung des Hauses eine Sonderkarriere macht. Der Kommentar: Apel führe ein Regiment, das sich in der Wirtschaft heute kein Unternehmer mehr erlauben könne!

Kölner Abgeordneter verläßt die SPD

Der nordrhein-westfälische SPD-Landtagsabgeordnete Werner Klaer ist aus der Partei ausgetreten. Der Verwaltungsfachmann aus Rodenkirchen bei Köln begründet seinen Schritt mit einer zunehmenden Linksorientierung der SPD. In der Austrittserklärung, die er an den SPD-Vorsitzenden Brandt schickte, heißt es: „Trotz meiner erbitterten Gegenwehr sind in den letzten Jahren weite Kreise der SPD immer mehr nach links abgerutscht. Das Aktionsprogramm und der Orientierungsrahmen '85 der SPD beweisen es: Kommunalisierung des gesamten Grund und Bodens sowie Sozialisierung der Wirtschaft sind die Zielsetzungen der neuen SPD. Ich habe nun die SPD aus Überzeugung und durchaus nicht im Zorn verlassen.“

An den Schulen sind die meisten Verfassungsfeinde

Dem letzten Verfassungsschutzbericht zufolge betrug die Zahl der Linksradi-kalen 1 423 gegenüber 1 307 am Ende des vorangegangenen Jahres. Von diesen Personen waren 303 Mitglieder kommunistischer Hilfsorganisationen, 294 zählten zu der „neuen Linken“, 32 gehören der Sozialistischen Einheitspartei West-Berlin (SEW) an und 794 der DKP. Die Mehrzahl der Linksradi-kalen gehört mit 791 Personen zu den Landesbediensteten, dort vornehmlich in pädagogischen Berufen. Als Lehrer

an Schulen waren 322 (40,7 Prozent), als wissenschaftliches Personal an Hochschulen 181 (23,8 Prozent) und als sonstiges Personal an Schulen und Hochschulen 39 (4,9 Prozent) in den Bundesländern tätig. Die 246 linksradikalen Bundesbediensteten sind mit mehr als 50 Prozent (126) bei der Bundespost und fast 40 Prozent (91) bei der Bundesbahn beschäftigt.

FDP mit Kommunisten?

Die Wahl der linken FDP-Bundestags-abgeordneten Helga Schuchardt zur Landesvorsitzenden in Hamburg wurde von der ihr an sich wohlgesinnten Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ mit den Sätzen kommentiert: „Helga Schuchardt sagt: ‚Ich mache liberale Politik.‘ Doch ob dazu auch weiterhin das propagierte Bündnis mit den Kommunisten, das imperative Mandat und der Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr zählen, wird Helga Schuchardt noch erklären müssen.“

Zu zahm

Den südbayerischen Jusos ist der Bundesverband in Bonn noch nicht revolutionär genug. Auf einer Delegiertenkonferenz in München wurde eine Resolution vorgelegt, in der erklärt wird, die Juso-Führung dürfe kein „Anhängsel der nichtmarxistischen Parteilinken“ werden. Versuche, diesen makabren Passus zu streichen, wurden mit Mehrheit abgeschmettert . . .

Im Wahlbrief lag SPD-Werbung

Das Wahlamt der Stadt Düsseldorf hat Werbematerial der SPD an Briefwahlwähler versandt. Die Düsseldorfer CDU hat diese Art der Wahlwerbung scharf kritisiert und den Oberstadtdirektor als Wahlleiter aufgefordert, den Vorfall umgehend und öffentlich zu klären.

■ 8. MAI 1945

Unser Modell für Deutschland ist der gerechte Staat

Vor 30 Jahren kapitulierte die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Deutschland. Damit endete der 2. Weltkrieg, dessen Bilanz viele Millionen Tote sind, gefallene Soldaten auf allen Seiten, vernichtete Menschenleben der Zivilbevölkerung in der Heimat. Als Kriegsfolge verloren unzählige Menschen ihre angestammte Heimat, wurden vertrieben und mußten in einer fremden Umgebung einen neuen Anfang suchen, stellt Helmut Kohl zum 30. Jahrestag der Kapitulation am 8. Mai 1945 fest.

Dreißig Jahre danach ist jener 8. Mai 1945 für uns Erinnerung und Auftrag zugleich, ein Tag der Scham, der Trauer und der Besinnung:

- der Scham über Unrecht und Verbrechen, die im deutschen Namen an zahllose Menschen begangen worden sind;

- der Trauer darüber, daß Millionen von Deutschen in Krieg und Vertreibung Leben und Gesundheit, Besitz und Heimat verloren haben;

- des Gedenkens an das System der Unfreiheit für einen Teil unseres Volkes in der DDR, an die deutsche Spaltung und die Teilung Europas;

- der Besinnung auf die Chance für die Bürger der Bundesrepublik Deutschland, eine neue politische Ordnung zur Entfaltung der Menschenwürde des einzelnen in Freiheit, Gerechtigkeit,

Gleichheit und Solidarität zu schaffen. Der Tag der Kapitulation erinnert uns aber auch unmißverständlich und nachdrücklich an unseren politischen Auftrag. Die Kraftlosigkeit der Weimarer Republik machte den Weg frei für das verbrecherische nationalsozialistische Regime.

Die unheilige Allianz der Feinde der Demokratie traf nicht auf den entschlossenen, solidarischen Widerstand aller Demokraten. Politik, auch unter Demokraten, entartete häufig zu einem Freund-Feind-Verhältnis. Dies war und ist die wichtigste Lehre, die uns dieser Tag ins Gedächtnis zurückruft: Nur die Solidarität aller Demokraten sichert die politische und persönliche Freiheit. Nur als streitbare Demokratie hat ein freiheitliches Gemeinwesen Dauer und Bestand. Gemeinsamkeit aller Demokraten und die entschlossene Abwehr derjenigen, die unsere freiheitliche, soziale und rechtsstaatliche Demokratie beseitigen wollen: beides erfordert und bedingt einander.

Damals erkannten Demokraten ihre Gemeinsamkeit leider oft zu spät erst in den Konzentrationslagern Hitlers. Damals Gemeinsamkeit unter dem Terror, heute Gemeinsamkeit in Freiheit, die bei aller Härte des politischen Streites nicht vergißt, daß wir in verschiedenen Parteien der gemeinsamen Sache, dem Wohl unserer Bürger und unseres Staates dienen.

Der 8. Mai 1945 markiert — wie die Jahre 1918/19 und 1933 — einen tiefen Einbruch in der deutschen Geschichte. Aber diese Daten stehen nicht für die ganze deutsche Geschichte. Unsere Geschichte kennt auch den ersten Versuch in der Frankfurter Paulskirche, eine deutsche Demokratie zu bauen. Die Geschichte unseres Volkes erlebte auch den Aufstand gegen die Tyrannei Hitlers, den Widerstand der Frauen und Männer des 20. Juli. Wir müssen und wollen uns zu unserer ganzen Geschichte bekennen. Wir haben den Willen, sie in ihren Höhen und Tiefen, in Leistung und Versagen zu erkennen: Wir stellen uns unserer ganzen deutschen Geschichte. Nur so kann die Lehre der Geschichte dem inneren Frieden unseres Landes und der Aussöhnung unseres Volkes dienen.

Nur in dieser historischen Kontinuität kann es uns gelingen, der nationalen Herausforderung durch die DDR, ihrem Selbstverständnis als Träger einer historischen Mission, zu begegnen. Den Vorrang, den wir unserer Freiheit geben, entbindet uns nicht von der Verantwortung gegenüber der Geschichte und gegenüber den Menschen in der DDR. Im Gegenteil: Er erinnert uns an die Pflicht, treuhänderischer Verwalter für die Chance der Freiheit für alle Deutschen, für die ganze deutsche Nation zu sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Einheit der deutschen Nation zu erhalten, zu festigen und vielfältig auszubauen. Wir nehmen die Herausforderung der kommunistischen Führung im anderen Teil Deutschlands an. Unser Modell für das ganze Deutschland ist der gerechte Staat, in dem die Bürger ihre personale Freiheit verwirklichen können.

Wer den 8. Mai 1945 erlebt hat, wird nicht vergessen können, was es be-

deutete, trotz äußerster Not in einer Atmosphäre der Freiheit atmen und leben zu können. Für die junge Generation sind Freiheit und Wohlstand selbstverständlich, sie kennt weder Erinnerung noch Schuld — und nur Törichte werden sie dafür tadeln. Die junge Generation stellt uns heute andere Fragen — nach dem Sinn hinter all unserer Aktivität, nach den Prinzipien unserer Politik, nach der Zukunft einer gerechten Gesellschaft und nach der Zukunft des Friedens in der Welt.

Erfreuliche Entwicklung

Erinnern wir uns an die Hoffnungen und Ziele der ersten Nachkriegsjahre. Damals galt das Denken nicht nur und nicht in erster Linie materiellem Wohlstand. Der 8. Mai 1945 setzte ein hohes Maß an Tugenden frei: Engagement, Hilfsbereitschaft für andere, Disziplin und persönlicher Einsatz. Auf ihnen beruhte damals der Erfolg unseres demokratischen Staates und der wirtschaftliche Aufstieg. Auf sie sind wir heute mehr denn je wieder angewiesen. Unsere Mitbürger, vor allem die jüngeren, erwarten von uns heute mehr als nur die Sicherung ihrer materiellen Existenz. Ich halte das für eine erfreuliche Entwicklung.

Jedes freie Gemeinwesen lebt von der Bereitschaft seiner Bürger, sich mit ihm zu identifizieren. Diese Bereitschaft gründet in der Überzeugung, daß der demokratische Staat Anspruch auf unsere Loyalität hat. Diese Loyalität zu erhalten, zu stärken und zu rechtfertigen ist der Auftrag, den wir aus der Erinnerung an den 8. Mai 1945 ziehen — ein Auftrag, den Konrad Adenauer, Kurt Schumacher und Theodor Heuß vor uns übernommen und an uns weitergegeben haben.

■ LEHREN AUS VIETNAM

Alle Anstrengungen auf Europa konzentrieren

Wer in den vergangenen Tagen und außerhalb des Wahlkampfes sich im Lande umgehört hat, fand eine Stimmungslage, die viele der Politiker überhören oder mit Appellen wegzudiskutieren versuchen: Der Zusammenbruch der westlichen Positionen in Vietnam und Kambodscha hat sich tief in Gemüt und Verstand unseres Volkes eingefressen. Zu diesem Fazit kommt der Vorsitzende des außen- und deutschlandpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Marx.

Die Bilder vom Abzug der Amerikaner, stellt Marx fest, und Trostworte aus Washington, das Vietnam-Kapitel sei nun abgeschlossen, jetzt könne man neuen Mut fassen, man müsse jetzt nach vorne sehen, klingen dem abendlichen Fernsehbetrachter als groteske Floskeln, als mühsames Stammeln nach einer halbherzigen und nie völlig durchdachten Politik in den Ohren.

Wahrscheinlich haben die meisten vergessen, was jetzt aus den Schatten der Vergangenheit hervorgeholt werden muß: Als John F. Kennedy die amerikanischen Truppen nach Vietnam schickte, als Johnson seine Politik immer mehr auf Asien ausrichtete — freilich ohne schlüssiges Konzept —, mahnte Konrad Adenauer die amerikanischen Verbündeten, auf keinen Fall sich in Vietnam in einen Krieg zu verwickeln. Er sah, daß

damit die von Truman und Dulles gesetzten Prioritäten der amerikanischen Politik folgeschwer geändert würden, folgeschwer für Europa und die USA.

Im Lande draußen — man muß es offen sagen — steigt die Angst, Europa, Deutschland (sein östlicher Teil ist durch die Ostpolitik ohnehin aufgegeben), Berlin seien heute gefährdeter als vordem.

Die Ungeduld wächst. Feierliche Deklarationen über Europa rufen oft mehr Bitterkeit als Zustimmung hervor. Es wird höchste Zeit, jetzt kräftig zuzupacken, alle Fähigkeiten auf Europa zu konzentrieren. Resolutionen helfen nicht, sondern nur gemeinsames Handeln, z. B. bei der Energiepolitik, bei der Wirtschafts- und Verteidigungspolitik und natürlich bei der so notwendigen europäischen Außenpolitik. Man muß sich in Parteien und Regierungen, in Parlamenten und Zeitungsredaktionen klar darüber werden, daß das demokratische und parlamentarische System nicht nur von außen bedroht wird: Mangel an Führungspersönlichkeiten, Furcht vor unbequemen Männern und ihren harten Wahrheiten, komplizierter Leerlauf, Entschlußlosigkeit und permanente Freund-Feind-Haltungen wegen Nichtigkeiten, die von der Geschichte sofort vergessen werden, dies alles kann die endlich erworbene und erkämpfte Demokratie aushöhlen, unglaubwürdig, ja sogar überdrüssig machen.

■ PARTEIARBEIT

Vom „schönen Kreuztal“ bis zu Tips für Reisen in die DDR

In einer Zeit, in der alle Welt vom Umweltschutz redet, schritt die Kreuztaler CDU zur Tat und pflanzte Bäume im Stadtteil Buschhütten. Die von der Kreuztaler CDU spendierten Birken, Blutbuchen, Akazien und Rotdorne sollen ein kleiner Beitrag sein, die Stadt Kreuztal zu verschönern und sie lebens- und liebenswerter zu gestalten.

Ortsverband Kreuztal
591 Kreuztal-Krombach
Unter der Hohen Fuhr 35

Für ein grünes Essen

CDU und Junge Union setzten in Burgaltendorf einen weiteren Markstein, ihren Stadtteil zu verschönern und seinen Erholungswert zu steigern. Sie sammelten 5 000 Mark und kauften dafür 2 550 junge Bäume. Von der Rodung bis zur Pflanzung führte die CDU den Bepflanzungsplan des Forstamtes der Stadt Essen durch. Mit dieser Selbsthilfefraktion ist der Ausbau eines Weges und der Bau eines kleinen Pavillons mit Sitzgelegenheit gekoppelt.

Kreisverband Essen
43 Essen 1
Kettwiger Straße 36

Kinderspielplatz

CDU und Junge Union Ringenberg haben in Eigenleistung einen Kinderspielplatz gebaut, der neben einem In-

dianer-Fort mit 4 m hohem Wachturm und einem 60 qm großen Sandkasten viele andere Attraktionen aufweist. Selbst ein Wasserplatz, an dem die Kinder Dämme und Schleuse bauen können, fehlt nicht.

Statt der veranschlagten 45 000 DM wurden für die großzügige Anlage lediglich die Materialkosten von 14 000 DM aufgewendet. Die Einweihungsfeier, verbunden mit einer Verlosung, brachte den Betrag von 600,— DM ein, den die Jungen ihren älteren Ringenberg-Mitbürgern zur Verfügung stellen wollen.

CDU und JU Ringenberg
4231 Ringenberg
Feldstraße 6

Kindergarten und Spielplätze

Die CDU Werne hat beispielhafte Initiativen für ihre jüngsten Mitbürger entwickelt und berichtet darüber in einer eigenen, gut aufgemachten Zeitung, die seit einigen Monaten als „Blickpunkt Werne“ erscheint.

In Werne werden in jüngster Zeit verstärkte Anstrengungen unternommen, um in Grünanlagen und auf Spielplätzen besondere Geräte zum Spielen für Kinder aufzustellen.

Möglicherweise können Werner Kinder sich bald auf einer Lok tummeln, die kürzlich noch ihren Dienst unter Tage für die Zeche Werne versah. Es wäre zu begrüßen, wenn dem Anliegen der

CDU-Fraktion des Stadtrates entsprochen würde. Bürgermeister Grube und der Fraktionsvorsitzende Schlierkamp haben sich nach der vollzogenen Stilllegung der Zeche jetzt in einem Schreiben an die Bergbau AG Westfalen gewandt und um eine nicht mehr benötigte Bergwerkslokomotive gebeten.

Dank einer genau zur rechten Zeit ergriffenen Initiative der CDU in Werne kam es 1973/74 zu einer bürgernahen Maßnahme, nämlich der Errichtung des dringend benötigten Kindergartens. Das Vorhaben wurde mit soviel Engagement betrieben, daß von der ersten Idee bis zur Verwirklichung Anfang September 1974 keine zwei Jahre vergingen.

Der richtige Zeitpunkt, die Kürze der Planungs- und Bauzeit sowie der Modellcharakter der Trägerschaft durch einen Verein sind glückliche Umstände, die eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen CDU und den interessierten Eltern belegen. So kam es zum ersten Kindergarten dieser Art in ganz Westfalen-Lippe.

CDU-Stadtverband Werne
4712 Werne
Wienbreite 17

Freizeitplanung

Der CDU-Ortsverband Kornwestheim bemüht sich seit langem, gemeinsame Interessen der Bevölkerung zu wecken und zu fördern. Hier einige Beispiele: An einem Sonntag hatte die CDU zu einer Wanderung „Rund um Kornwestheim“ eingeladen. Als „Wegzehrung“ lagen 500 Paar Würstchen, 300 Portionen Leberkäse und 1000 Brötchen bereit. Und dann kam der große Regen. Dennoch, 2 600 Kornwestheimer kamen und hatten ihren Wanderspaß — trotz Regen und Wind.

Bei einer anderen Gelegenheit hatten die Kornwestheimer CDU-Stadträte Lose für den Freizeitpark verkauft. Insgesamt 8 000 Mark betrug die Einnahme.

Ortsverband
7014 Kornwestheim
Aldinger Straße 20

„Reisen in die DDR“

Mit einem Faltprospekt „Reisen in die DDR“ will Bundestagsabgeordneter Walther Leisler Kiep zahlreichen Petitionen und Anfragen im Zusammenhang mit Reisen in die DDR begegnen. Das Faltblatt, herausgegeben von der CDU-Bundesgeschäftsstelle wird im Wahlkreisbüro des Abgeordneten in der Bad Homburger Ferdinandstraße kostenlos an Interessenten ausgegeben.

Die CDU begründet ihre Initiative damit, daß bundesweit ein Informationsdefizit über Einreisemodalitäten bei Besuchen in der DDR bestehe. Der Faltprospekt soll dazu dienen, eine Reihe von Erleichterungen im Reiseverkehr, die zwischen Bundesregierung und DDR ausgehandelt wurden, publik zu machen.

Kreisverband Hochtaunus
638 Bad Homburg v. d. H.
Ferdinandstraße 30

Während der vergangenen Monate fanden in vielen CDU-Kreis- und -Ortsverbänden Wahlkämpfe statt. Dabei sind sicherlich neue Aktionen durchgeführt worden, über die wir gern im UiD berichten möchten. Daher die Bitte: Senden Sie einen kurzen Bericht über Ihre Erfahrungen an die

CDU-Bundesgeschäftsstelle,
Abt. Öffentlichkeitsarbeit,
53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus.

■ ZITATE

Doch unregierbar

Bei allen Landtagswahlen, ausgenommen Schleswig-Holstein, haben die CDU und die CSU Stimmen gewonnen. In acht von neun Bundesländern ist sie die stärkste Partei. Aber sie regiert nur dort, wo sie mehr als 50 v. H. der Stimmen erhielt. Dort, wo sie knapp unter der absoluten Mehrheit liegt, ist sie von der Verantwortung ausgeschlossen.

Das ist ein ungesunder Zustand. Es ist natürlich durchaus statthaft, daß zwei Schwächere sich zusammenschließen gegen den Stärkeren, um regieren zu können. Das kann auch durchaus sinnvoll sein, doch als Regelzustand kann es auf Dauer für das politische Klima eines Landes nicht bekömmlich sein, wenn die stärkste Partei sozusagen aus Prinzip am Regieren oder Mitregieren gehindert wird.

Absolute Mehrheiten sind kaum zu erlangen, jedenfalls nicht in normalen westlichen Demokratien. Sie sind besonders schwer, wenn sich in einem Dreiparteiensystem zwei Parteien zu einem festen Bündnis zusammengefunden haben. Zwei Parteien gegen eine und dann noch die Macht des Regierungsapparates mit viel Geld — dagegen ist kaum anzukommen.

Das alles ist aber so lange gerade noch erträglich, wenn diese beiden unterschiedlichen Parteien kurzfristig gemeinsam politische Ziele haben. Dies war zum Beispiel im Bereich der Ost-

Anschritt:

politik gegeben. So, wie die Dinge heute liegen, nachdem die Ostpolitik gleichsam abgehakt ist, haben SPD und FDP kein gemeinsames Sachprogramm mehr.

Ihr Bündnis ist im Laufe der Zeit aus einem Zweckverband zu einer Vereinigung geworden, mit der sie nur noch die Macht erhalten wollen. Das ist ungesund und macht ein Land in Wahrheit unregierbar.

Kölnische Rundschau, 6. Mai 1975

Bonner Pattologie

Die Auflösung des Patt ist, so unglaublich dies auf den ersten Blick erscheinen mag, der bundespolitische Testfall für die SPD/FDP-Koalition in Bonn. Denn Kompromisse innerhalb der Bundesregierung oder der Koalitionfraktion waren bisher relativ leicht zu finden, solange man sich sicher wähnen durfte, daß die knappe CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat jedes zustimmungspflichtige Reformgesetz ablehnen könnte. Nun aber müssen SPD und FDP schon im Bundeskabinett oder im Bundestag Farbe bekennen, wie es denn eigentlich um den Fundus an sozialliberaler Gemeinsamkeit noch bestellt ist.

Rheinische Post, 6. Mai 1975

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UfD